„Das geht so nicht mehr, das ist irre“

„Aktionswoche für den Rechtsstaat“. Richter und Staatsanwälte protestieren bundesweit gegen untragbare Zustände: 320 Planstellen fehlen laut Standesvertretung. Der KURIER hat mit einer Richterin über ihren Alltag gesprochen.

Analyse

Von Raffaela Lindorfer

Lachs, Hüftsteaks, Würstel, Bier und andere Lebensmittel im Wert von 225 Euro hat Herr B. versucht, zu stehlen, indem er sein Einkaufswagerl an der Kasse vorbei in Richtung Ausgang schob. Er wurde erwischt und sitzt jetzt im Wiener Straflandesgericht vor Richterin Nicole Baczak. Weil er dann noch einem Betrunkenen am Hauptbahnhof ins Gesicht schlug, verurteilt Baczak ihn zu sechs Monaten Haft, eine frühere bedingte Strafe wird aufgehoben. Die 26 Vorstrafen in seiner Heimat Rumänien bedenkt die Richterin in ihrem Urteil mit.

Das sei einer der einfacheren Akte, sagt Baczak: „Nur“ 150 Seiten, in die sie sich eine Woche vor der Verhandlung eingelesen habe. Das Urteil werde sie – wie so oft – wohl am Wochenende, in ihrer Freizeit, schreiben. Nur da habe sie abseits des Tagesgeschäfts die nötige Ruhe dafür.

Mehr als 200 neue Akten hat ein Richter am Wiener Straflandesgericht im Jahr – im Schnitt einen pro Arbeitstag, und ein Akt kann gut und gerne bis zu 500 Seiten umfassen. Innerhalb dieser Akte gibt es etliche Arbeitsschritte, die abseits des Gerichtssaals niemand sieht. Pro Tag trifft Baczak, so schätzt sie, 30 bis 50 Entscheidungen – größere, wie Beschlüsse, und kleinere, wie die Beantwortung eines eMails eines Verfahrensbeteiligten. Alles, wirklich alles, muss über den Tisch der Richterin gehen. Ein Gerichtspraktikant arbeitet ihr zu und begleitet sie, um zu lernen.

„Das geht so nicht mehr, das ist irre“, sagt Baczak und entschuldigt sich gleich für ihre Wortwahl. Aber nächste Woche protestiert die Justiz im Rahmen einer „Aktionswoche“, da kann man schon einmal deutlich werden.



JUERG CHRISTANDL

Nicole Baczak ist seit 2010 Richterin und Betriebsausschuss-Vorsitzende am Straflandesgericht Wien.

Mit der Aktionswoche will die Gewerkschaft auf die Situation der Kollegen aufmerksam machen: 320 Planstellen fehlen – davon 250 bei den Richtern und 70 bei den Staatsanwälten. Unterstützt werden die Forderungen übrigens von der Vereinigung der Strafverteidiger. Auch die „Gegenseite“ sieht also, dass es so nicht mehr geht. „Wer an der Justiz spart, spart am Rechtsstaat“, heißt es dort.

Mehrarbeit nach Reformen

Die Justiz gilt seit Jahren als chronisch unterfinanziert. Übergangsminister Clemens Jabloner hat 2019 mit seinem Sager „Die Justiz stirbt einen stillen Tod“ die Politik wachgerüttelt. Nachfolgerin Alma Zadić (Grüne) hat dann kontinuierlich Planstellen aufgestockt, gleichzeitig aber Reformen umgesetzt, die erst wieder Mehrarbeit verursacht haben.

Als Beispiele nennt die Standesvertretung den neuen, viel komplizierteren Modus bei der Datenbeschlagnahme, aber auch den neuen Kostenersatz bei Freispruch, den die Richter kontrollieren und beschließen müssen.

Hinzu kommen gesellschaftliche und technische Entwicklungen: Die Delikte im Bereich Cybercrime und Hass im Netz sind massiv am Steigen. Deutlich umfangreicher geworden sind auch Schriftsätze der Rechtsanwälte – augenscheinlich, weil sie vermehrt Künstliche Intelligenz nutzen. Richter dürfen nicht gleichziehen, sagt Baczak. Die frei verfügbaren KI-Programme stellen ein datenschutzrechtliches Risiko dar. Das Justizministerium hat angekündigt, eine eigene KI zu entwickeln, aber das kann dauern.

Anna Sporrer (SPÖ), seit März 2025 Justizministerin, hat eine weitere Aufstockung zugesichert, und auch ÖVP und Neos hätten signalisiert,



„Wir erwarten uns einen Stufenplan – als Signal an die Belegschaft: Es ist jetzt zwar hart, aber es wird besser.“

Martin Ulrich
Gewerkschaftsvorsitzender

GILBERT NOVY

dass sie den Bedarf ernstnehmen, sagt Martin Ulrich, Gewerkschaftsvorsitzender für Richter und Staatsanwälte. „Dann kam die Budget-Misere.“ Für 2027 und 2028 gibt es keine neuen Planstellen.

Direkt in die Sozialhilfe

„Wir verstehen, dass unsere Forderungen nicht von einem Tag auf den anderen umsetzbar sind, aber wir erwarten uns zumindest einen Stufenplan, um der Belegschaft zu signalisieren: Es ist jetzt zwar hart, aber es wird besser“, erklärt Ulrich. So laute die bittere Realität: „Wir werden nicht mehr in der Lage sein, unsere Aufgaben sinnvoll zu bewältigen.“ Aktuell liege die Auslastung laut justizinternen Kalkulationen bei 120 Prozent.

Viele seien nicht mehr bereit, dieses Mehr auf Dauer zu leisten, sagt Richterin Baczak, die auch Vorsitzende des GÖD-Betriebsausschusses am Straflandesgericht Wien ist. „Wir haben sogar Austritte aus dem Richteramt – ein schwerwiegender Schritt, schließlich sind wir nicht arbeitslosenversichert. Die Kollegen gehen lieber direkt in die Sozialhilfe als so weiterzuarbeiten.“

Um nicht missverstanden zu werden, betont sie: Jede Reform, die auf eine gesellschaftliche Entwicklung reagiert, ebenso wie gestärkte Opfer- und Beschuldigtenrechte, seien wichtig. „Genauso hat es sich aber auch jeder Betroffene verdient, einen Richter zu bekommen, der den ganzen Akt liest, der voll bei der Sache ist und die richtigen Schlüsse zieht. Man darf nie vergessen: Jede Entscheidung betrifft ein Menschenleben.“

Fakten

Gerichte
An den vier Oberlandesgerichten, 20 Landes- und 113 Bezirksgerichten, am Obersten Gerichtshof und am Bundesverwaltungsgericht arbeiten in Summe 2.167 Richter.

2,8
Mio. Geschäftsfälle behandeln diese Gerichte pro Jahr (exkl. Justizverwaltung).

Staatsanwaltschaften
Bei den 16 Staatsanwaltschaften, der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, der Generalprokuratur und den vier Oberstaatsanwaltschaften arbeiten in Summe 521 Staatsanwälte.

Verfahrensdauer
Diese bewegt sich laut Justizministerium auf einem stabil effizienten Niveau, auch im internationalen Vergleich. Konkret: Ein **Zivilverfahren** dauerte 2025 bei den Bezirksgerichten im Schnitt 8,6 Monate, bei den Landesgerichten 16,3 Monate.
Bei **Strafverfahren** dauerten die Ermittlungen bei bezirksgerichtlicher Zuständigkeit im Schnitt 3,9 Monate, bei landesgerichtlicher Zuständigkeit 2,7 Monate. Die durchschnittliche Verfahrensdauer von Hauptverhandlungen betrug 4,4 Monate.

Die Gerichte stehen still

Kaum Verhandlungen. Nur in Ausnahmefällen finden Prozesse statt.

Von Michaela Reibenwein und Johannes Weichhart

Im und um das Landesgericht für Strafsachen in **Wien** herrscht an Wochentagen üblicherweise geschäftiges Treiben. Speziell am Vormittag ist es ein Kommen und Gehen. Angeklagte, Zeugen, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Gerichtsmitarbeiter und Justizwache eilen über die Gänge, halten den Justizapparat im größten Gericht des Landes am Laufen. In der kommenden Woche wird das Bild ein anderes sein.

In der „Aktionswoche für den Rechtsstaat“ finden nur die dringendsten Verhandlungen statt. Oder in Zahlen gesprochen: Waren in dieser Woche 168 Prozesse ausgeschrieben, werden es in der kommenden Woche genau 18 sein. Darunter Prozesse wegen Suchtgift-Delikten, Vergewaltigungen oder schweren Betrugs. „Verhandlungen wurden abberaumt oder erst gar nicht in dieser Woche angesetzt“, sagt Christina Salzborn, Sprecherin des Landesgerichts. Haftsachen allerdings werden verhandelt werden. Einzig am Donnerstag ist keine einzige Verhandlung geplant.

Deutlich weniger Betrieb wird kommende Woche auch am Landesgericht **St. Pölten** erwartet, wo täglich unter anderem Straf-, Zivil- und Insolvenzverfahren durchgeführt werden. „Inklusive Haftprüfungen sind nächste Woche 20 Termine anberaumt, in einer vergleichbaren Woche finden über alle Sparten gesehen am Landesgericht normalerweise rund 150 Termine statt“, heißt es. Auch in der nö. Landeshauptstadt nimmt man an der Aktionswoche teil.

Am Mittwoch werden schließlich die Präsidentin des Landesgerichts, der Leiter der Staatsanwaltschaft und der Vorsteher des Bezirksgerichts über die Planstellensituation und weitere Herausforderungen sprechen. Bereits im Juli berichtete der KURIER über einen Hilferuf aus dem Landesgericht St. Pölten.

„Die Situation ist angespannt. Jedes Jahr habe ich mir gedacht, dass es nicht schlimmer kommen könne, aber das stimmt leider nicht. Es geht tatsächlich“, berichtete Richterin Marion Fischer, die auch stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD, Landessektion 23) ist. Teilweise müssten Richter bis zu 100 Akten gleichzeitig bearbeiten, die Belastung sei sehr hoch.

Nicht besser ist die Situation in Oberösterreich. Hier fehlen laut Richtervereinigung 41 Richter. Und auch hier schließt man sich der Aktionswoche an. Im Landesgericht **Linz** bedeutet das: 23 Verhandlungen finden statt. In der Woche darauf sind es 227.

Auch hier gilt: Es findet nur statt, was unbedingt sein muss. Also Haftsachen oder Unaufschiebbares. Dazu gehört eine Verhandlung, in der es aufgrund einer psychischen Erkrankung um einen Maßnahmen-Vollzug geht. Durch den Psychiater-Engpass würde ein neuer Termin zu lange dauern. Bei einem anderen Verfahren reist ein Zeuge extra aus Übersee an.